

Wir schaffen das.

Nachdem letzten Sommer und Herbst, initiiert durch zivilgesellschaftliches Engagement aus den verschiedensten Richtungen, große Solidarität und Hilfsbereitschaft mit Menschen, die vor Bombenhagel und Tod ihre Länder verlassen mussten, zu spüren war, hat sich die Stimmung über den Winter massiv verändert. Erst wurde der Jargon härter und dann auch das Handeln. Begriffe wie „Welle“ oder „Flut“ sind selbst in den sogenannten Qualitätsmedien und bei Diskussionen mit reflektierten Menschen angekommen und inzwischen manifest. Man müsse die Ängste der Menschen ernst nehmen heißt es und gemeint sind nicht die Menschen, die aus Angst vor Tod und Zerstörung fliehen, sondern gemeint sind die Ängste derer, die in (relativem) Wohlstand und in Sicherheit leben. Kaum mehr ein_e Bekannte_r, kaum mehr ein_e Freund_in, bei denen nicht auch in irgendeinem Zusammenhang der Punkt der Angst erreicht wird. Das subjektive Sicherheitsgefühl, eine Erfindung der 80er Jahre, hat sich tief in uns eingepägt.

Die österreichische Regierung, im Herbst noch gelobt und bewundert ob ihres Umgangs mit den Menschen die kamen, wichtigster Bündnispartner der deutschen Kanzlerin, die mit ihrem „Wir schaffen das“ das Bild eines humanistischen Europas geprägt hat, hat über den Winter die Kehrtwende vollzogen und mit ihr ein großer Teil der Medien und der Bevölkerung.

Der Nationalismus, der schon im Sommer in Ungarn und der Tschechien seinen Ausgang nahm, ist nun auch in Österreich angekommen. Keine Rede mehr von Hilfsbereitschaft, es hat die Oberhand gewonnen, was schon fast überwunden schien.

Ein staatlicher Nationalismus, bei dem es darum geht, die Binnengrenzen dicht zu machen, Migration und Asyl zu erschweren und zu verunmöglichen, die Herausforderungen, die eigene Hilfs- und Planlosigkeit auf andere europäische Staaten abzuwälzen. Grenzen werden dicht gemacht, Obergrenzen, Richtwerte, Quoten beschlossen, die regeln sollen, wer überhaupt ins Land darf. Zuflucht vor Krieg und Not ist kein Aufnahmegrund mehr, sondern wird ersetzt durch die „Belastbarkeit der eigenen Bevölkerung“. Dieser Nationalismus bringt auch mit sich, dass unhinterfragt zwischen Menschen unterschieden wird. Es gilt sich abzuschotten gegen die, die als die Anderen definiert werden. Rechte und Möglichkeiten, die für uns selbstverständlich sind, gelten nicht mehr für alle Menschen, sondern werden nach Belieben vergeben oder verwehrt. Das geht so weit, dass die Menschen, die von dem Ausschluss betroffen sind beginnen in der Diskussion zu verschwinden. Die geplante Selektion am Brenner zum Beispiel ist weniger Thema als die Furcht vor Schaden für den Tourismus und den Transit. Da wird über eigene Spuren für LKWs gefaselt um sie so schnell als möglich passieren zu lassen, während für Menschen auf der Flucht die Passage hier enden soll.

Beinahe noch beängstigender ist eine Art europäischer Nationalismus, der seine menschenverachtenden Blüten treibt und der quer durch die europäische Politik geht. Die Lösung der Krise der europäischen Flüchtlingspolitik wird einerseits in einer Verteilungslogik gesehen, die europäische Errungenschaften wie den freien Personenverkehr nur mehr einem Teil der europäischen Bevölkerung zugesteht, andererseits wird sie in der „Sicherheit“ der europäischen Außengrenzen beschworen. Gemeint ist hier vor allem das Mittelmeer hin zu Griechenland, aber auch die in der jetzigen Diskussion fast in Vergessenheit geratene Route nach Italien. Dabei werden nicht nur alle Hoffnungen auf die Türkei gesetzt, ein Land in dem im Moment Krieg gegen einen Teil der Bevölkerung geführt wird und in dem systematisch die Pressefreiheit unterdrückt wird, sondern auch auf den Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, sowie auf die NATO, deren Schiffe bereits vor Ort sind. Die Frage aber, wie man eine Meeresgrenze „schützen“ kann, hat noch niemand von denen, die sich das ausgedacht haben beantwortet und das wundert wenig, denn da wird bewußt in Kauf genommen, Menschen, die versuchen über das Meer zu kommen, ertrinken zu lassen und dabei zuzusehen.

Durch das Kippen der öffentlichen Meinung, der medialen Berichterstattung und durch das restriktive Vorgehen der Politik droht nicht nur ein Zerfall der europäischen Union, ein Ende der Solidarität zwischen ihren Mitgliedern und der Bevölkerung, sondern dass die Flucht an die europäischen Grenzen im Tod endet. Das dürfen wir nicht zulassen.